

Wider die Heterogenität

Neue Ideen für die kommunale Selbstverwaltung

(BS/Dr. Ulrich Keilmann/Jörn Fieseler*) Wer regiert die Stadt? Wer steuert? Der Bürgermeister oder die Oberamtsräte in der Verwaltung? Funktionierte die Stadt anders als der Staat? Und welchen Einfluss haben Dritte? Ist die kommunale Selbstverwaltung nur eine formale Begriffshülse zur Befriedigung der Bürger? Diese Fragen wirft Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Eichhorn im ersten Teil seines Buchs "Ohnmacht der Städte" auf und kommt zu einem ermutigenden Befund. Im zweiten Teil eröffnet er neue Denkmodelle und Lösungsansätze.

Auf insgesamt rund 100 Seiten geht der Autor zunächst den oben skizzierten Fragen auf den Grund und stellt nach einer kurzen Einführung in die Thematik eine umfassende Analyse vor: Demnach seien die Entscheidungskompetenzen auf kommunaler Ebene zu gering, die gesamte kommunale Selbstverwaltung in ihrer jetzigen Ausprägung unzureichend. *Eichhorn* fordert deshalb, die Stadt- und Gemeindeparlamente weiter zu ertüchtigen, indem sie eigene und mehr Rechtssetzungsbefugnisse bekommen. Zudem müsse auch das Steueraufkommen zu ihren Gunsten umverteilt werden. Das Ziel müsse sein, dass die Kommunen die ureigensten örtlichen Aufgaben selbst gestalten können, statt sie nur an kurzer Leine von Bund und Land zu verwalten.

Eichhorn untermauert seine Argumentation mit dem Anteil der sogenannten Pflichtaufgaben an den Gesamtaufgaben. Die staatlichen Aufgaben würden vier Fünftel des Gesamtvolumens ausmachen. Die übrigen Aufgaben seien aus Sicht des Staates freiwillige Aufgaben. Aus Sicht der Bürger handle es sich dabei aber keineswegs um eine Kür, sondern um Aufgaben, die ihnen geschuldet seien. Problematisch sei zudem, dass die Aufgabenerfüllung nach Kasenslage erfolge. Doch angesichts zunehmender Aufgaben, die von Bund und Ländern an die Kommunen übertragen würden, würden die finanziellen Spielräume immer enger. Die Finanzierung sei fremdbestimmt, so *Eichhorn*.

Neue Horizonte

Im zweiten Teil konstatiert der Wirtschaftswissenschaftler zunächst die Unterschiedlichkeit der Landkreise. Diese würden zwischen sechs und 235 kreisangehörige Gemeinden umfassen, zwischen 80.000 und 300.000 Einwohner zählen und seien insgesamt ausgesprochen heterogen aufgestellt. *Eichhorn* schlägt – ge-

rade in stark ländlich geprägten Gebieten – die Bildung von Regionalräten vor. Die Regionalräte als Gemeindeverband sollten eine Kernstadt mit mindestens 40.000 Einwohnern und die im Umland liegenden Gemeinden umfassen.

Die Idee eines solchen Regionalrates erlaubt eine diagonale Denkschritt und ist schon deswegen neu und interessant. Der Regionalkreis will Fläche und ländlichen Raum mit wirtschaftlicheren Strukturen vereinen, um auch damit Gestaltungsspielräume für die Kommunen zu generieren. Er eröffnet zudem aber auch neue Denkstrukturen und schafft so Spielraum und Platz für neue Denkmodelle und Lösungsansätze. Das tut Not in der aktuellen Phase, in der die Handlungsspielräume der Kommunen sehr überschaubar und das kommunale Selbstverwaltungsrecht der Kommunen im Wesentlichen auf das Wie begrenzt ist.

In diesem Kontext diagonalen Denkmodelle greift *Eichhorn* fünf weitere zentrale Aspekte auf: Er wirbt vehement dafür, die bestehende Förderpraxis von Bund und Ländern ("Goldene Zügel"), die zwingend eine kommunale Ko-Finanzierung einfordert, kommunales Geld abschöpft und Fehlrenditen setzt, abzuschaffen. Stattdessen wirbt er nachdrücklich für eine gerechtere Steueraufteilung hin zu den Kommunen, um ihnen so wieder die Handlungsspielräume zu verschaffen, die sie brauchen, um die anstehenden Herausforderungen auch angehen und meistern zu können.

Dafür braucht es zudem ein einheitliches, objektiviertes und über die kommunalen Grenzen reichendes Steuerungs- und Buchungssystem – der Doppik, um die Kommune professionell wie ein Dienstleistungsunternehmen führen zu können. So ausgestattet und aufgestellt lassen sich auch die Herausforderungen der Zukunft angehen.

Allein das Onlinezugangsgesetz (OFZ) gibt Meilensteine der Digitalisierung bis Ende 2022 vor. Das erscheint zunächst noch lange hin. Gleichwohl ist die Ausgangsbasis in ganz Deutschland niederschwellig und damit auch für die Kommunen noch viel Luft nach oben, die angegangen und bewältigt werden muss. Die Erwartungshaltung der Bürger ist hoch und orientiert sich mindestens am Standard der Unternehmen.

Mit der Digitalisierung ist der Umstellungsprozess von analog auf digital nicht abgeschlossen. Vielmehr projiziert es in den Köpfen der Bürger visionäre Bilder einer Smart City. Beflügelt von der Vorstellung eines flächendeckenden Ausbaus poppen nicht nur selbstfahrende Autos in Großstädten, sondern eben auch ein autonom funktionierender ÖPNV in ländlichen Gegenden rund um die Uhr auf.

Summa summarum ein kompaktes Buch, das kurz, treffend und prägnant die kommunalen Problemlagen skizziert und dabei spielend Denkkräfte für neue Modelle, Strukturen und Lösungsansätze schafft.

** Dr. Ulrich Keilmann ist Direktor beim Hessischen Rechnungshof, Jörn Fieseler ist Redakteur beim Behörden Spiegel.*



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Eichhorn: Die Ohnmacht der Städte – neue Aufgaben für Bürgermeister und Stadträte, Berliner Wissenschaftsverlag 2018.

Wenn der Hacker das Wasser stoppt

Auch Wasserwerke müssen sich gegen Cyber-Angriffe rüsten

(BS/wim) Geht es um das Thema Cyber-Sicherheit und Kritische Infrastrukturen, sind meistens Cloud-Betreiber, die öffentliche Verwaltung mit ihren sensiblen Bürgerdaten oder Krankenhäuser im Fokus. Gerade letztere waren mit Vorfällen rund um ihre Serversysteme schon häufig in den Schlagzeilen. Eine weitgehend analog wirkende, aber ebenfalls hochdigitalisierte Branche wird in der Diskussion häufig in die Nebenrolle gedrängt, obwohl ein Ausfall der Wasserversorgung in nur einer Kommune potenziell fatale Folgen für das Land haben könnte.

Besonders heikle Beispiele für die Unsicherheit in vielen Kommunen brachte die Geschichte zweier IT-Experten hervor, die sich zu Testzwecken auf die Suche nach hackbaren Klär- und Wasserwerken machten. Über ein Webtool fanden sie problemlos über 100 Einrichtungen, die sie über die Weboberfläche eines gängigen Prozessleitsystems ansteuern konnten. Ohne weiteren Aufwand und irgendwelche Hackling-Werkzeuge konnten sie sich anschließend zu gut zwei Dutzend dieser Wasserwerkssysteme durch bereits vorausgefüllte Nutzernamen und das Erraten der zwölf Monate kam es immer häufiger zu ähnlichen Meldungen über Sicherheitsvorfälle bei Betreibern von Strom, Gas und eben Wasser. Hierbei geht es laut den zuständigen Behörden häufig nicht darum, Geld aus den Kommunen bzw. Stadtwerken herauszupressen, sondern um gezielte Manipulationen und Sabotage.

Höhere Standards bei Gas und Strom

Um solche Angriffe möglichst zu vermeiden, hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zwar einen eigenen Branchenspezifischen Sicherheitsstandard (B3S) für Wasser und Abwasser aufgebaut, nimmt aus diesem nach dem

IT-Sicherheitsgesetz allerdings sämtliche Wasserwerksbetreiber aus, die unter einem Schwellenwert von 500.000 angeschlossenen Einwohnern (Abwasser) bzw. 22 Millionen m³ an jährlichem Wasseraufkommen (Trinkwasser) bleiben. So sollten zwar die meisten Verbund- und Metropolibetreiber von der Gesetzgebung abgedeckt sein, kleine und mittlere Kommunen mit eigener Trinkwasser- und Abwasserinfrastruktur laufen aber vollkommen



Wenn das Wasser versiegt, ist heutzutage immer wahrscheinlicher, dass Hacker am Werk waren. Da kleine Gemeinden aus den BSI-Richtlinien herausfallen, ist eine Steuerung ohne digitale Anbindung oft der sicherste Weg.

Foto: BS/marlonferriederndell, Pixabay.com

unter dem Radar und sind daher selbst dafür verantwortlich, ob sie sich eine verstärkte IT-Sicherheit leisten (können) oder nicht. Demgegenüber stehen die Gas- und Energieversorgungsnetze der Republik, bei denen das BSI keine Unterscheidung über Schwellenwerte vornimmt; stattdessen müssen in diesen Bereichen pauschal alle Betreiber beim BSI registriert sein. Und all das, obwohl die Bonner IT-

Sicherheitsbehörde aber gerade die Wasserinfrastruktur schon seit einer Weile als besonders gefährdet ansieht. Bereits in seinem Bericht zur Lage der IT-Sicherheit aus dem Jahr 2017 erwähnte sie eine Reihe von Angriffen auf die Netze von öffentlichen Wasserwerksbetreibern und betonte, eine "Störung, Beeinträchtigung oder gar ein Ausfall durch einen Cyber-Angriff oder IT-Sicherheitsvorfall kann zu nachhaltig wirkenden Versorgungsengpässen, erheblichen Störungen der öffentlichen Sicherheit oder anderen dramatischen Folgen führen". Grund zur Sorge brachte in dem Bericht die Aussage, dass keiner der angegriffenen Wasserwerksbetreiber sich der Gefahr bewusst war. Dennoch versuchte das BSI damals, die Situation lobend abzuschließen: "Sie reagierten sehr kooperativ und schlossen die offenen Zugänge kurzfristig. Bei einer später durch das BSI durchgeführten Nachprüfung waren die Anlagen öffentlich nicht mehr erreichbar." Andere Kommunen gehen einen umständlichen, aber deutlich sichereren Weg, wie beispielsweise die hessische Gemeinde Hatzfeld. Dort wird ebenfalls jenes anfällige Softwaresystem wie in den meisten anderen Kommunen genutzt, allerdings ist ein Login nur als Gast möglich, egal ob vom Hacker oder vom Systemadministrator. Um das Netz zu schützen, sind sämtliche aktiven Prozesse nur direkt vor Ort umsetzbar; das digitale System dient lediglich der Überwachung der Anlagen.

MELDUNG

Kläranlage goes Klimaschutz

(BS/kh) Der Ruhrverband (RVR) hat mit dem Bau einer neuen Kläranlage am Standort Altena begonnen. Die Reinigung des Abwassers soll ab 2021 durch das neuartige Nereda*-Verfahren erfolgen, mit dem der Flächenbedarf und der Betriebsaufwand reduziert werden. 30 Prozent Energie werden im Gegensatz zu konventionellen Verfahren eingespart. Das Pilotprojekt wird aus dem Umweltinnovationspro-

gramm mit rund 1,4 Millionen Euro gefördert. "Wir werden für den Neubau der Kläranlage insgesamt 14,5 Millionen Euro investieren und freuen uns deshalb über die Bundesförderung", betont Prof. Norbert Jardin, RVR-Vorstandsvorsitzender. Beim in den Niederlanden entwickelten Nereda*-Verfahren bilden die abwasserreinigenden Mikroorganismen nicht die sonst übliche Flockenstruktur, sondern

schießen sich zu kompakten, kugelförmigen Granulen zusammen. Das ermöglicht den weitestgehend gleichzeitigen Ablauf aller biologischen Reinigungsprozesse in einem Reaktor. So kann auf Nachklärbecken verzichtet werden, wodurch Flächenbedarf und Betriebsaufwand verringert werden können. Durch eine automatisierte Prozesssteuerung muss die Anlage personell nicht mehr dauerhaft besetzt sein.

Das "Gesundheitshaus der Zukunft"

Kautschuk-Böden für eine positive Atmosphäre

(BS/Doris Janik*) Der Patient steht an erster Stelle – dies war der Grundsatz beim Neubau der Klinik Floridsdorf in Wien. Für ein patientenzentriertes Ambiente mit Wohlfühlcharakter wird in einem der zukunftsweisenden Krankenhäuser Europas viel getan.

Für das High-Tech-Spital war ein hochwertiges Materialkonzept selbstverständlich. Beim Boden fiel die Wahl auf Kautschuk-Beläge von nora systems. noraplan sentica und noraplan sentica ed liegen auf fast 80.000 Quadratmetern im ganzen Gebäude: in Patientenzimmern, Fluren, Therapiebereichen, Laboren, OPs und den Intensivstationen. Die Kautschuk-Beläge schaffen mit ihren harmonischen Far-

ben eine positive Atmosphäre und sind gleichzeitig durch ihre funktionalen Eigenschaften wie hohe Widerstandsfähigkeit und Langlebigkeit ebenso nachhaltig wie wirtschaftlich im Unterhalt. Durch ihre hervorragende Akustik und Ergonomie bieten sie für Patienten und Personal höchsten Komfort im "Wohlfühlspital".

**Doris Janik ist Pressereferentin bei der nora systems GmbH.*



In der Klinik Floridsdorf, einem der zukunftsweisenden Krankenhäuser Europas, liegen Kautschukböden von nora systems.

(Foto: BS/© Markus Bachmann)

NRW.BANK.Ideenwettbewerb 2019-2020
60.000 Euro für die besten kommunalen Ideen

[Jetzt anmelden](http://www.nrwbank.de/ideenwettbewerb)

"Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen."

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Möglich gemacht mit dem Programm NRW.BANK Gute Schule 2020.

[Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen](http://www.nrwbank.de/gelsenkirchen)

NRW.BANK
Wir fördern Ideen